

Sicherheit und Immigration

Autor(en): **Thomann-Baur, Irène**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **180 (2014)**

Heft 7

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-515449>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Sicherheit und Immigration

Migration an sich ist keine Bedrohung, sie kann sich jedoch zu einer sicherheitspolitischen Herausforderung entwickeln. Grund genug für «Chance Schweiz – Arbeitskreis für Sicherheitsfragen», das Thema vertieft zu behandeln.

Irène Thomann-Baur

Die Zusammenhänge um die europäische Aussengrenze stellte der Chef des Grenzwachtkorps, Br Jürg Noth, dar. Vorgängig skizzierte Dr. Markus Seiler, Direktor Nachrichtendienst des Bundes (NDB), das aktuelle Lagebild.

Neue Akzente der Bedrohung

Der Nachrichtendienst befasst sich mit Bedrohungen, die sich gegen den Staat richten; ausgeklammert bleibt das Organisierte Verbrechen. Im Vergleich zur Lage des Sicherheitspolitischen Berichts 2010 ortet Seiler keine markanten Veränderungen, aber drei neue bedeutsame Akzente:

- Die bedrohte Informationssicherheit und der verbotene Nachrichtendienst (Affäre Snowden);
- Die Zunahme dschihadistischer Reisebewegungen (Syrien);
- Die erneut wachsende Bedeutung der Machtblöcke.

An sich enthüllten die Meldungen über NSA nichts Neues, überraschend war einzig die Menge der gesammelten Daten. 80 Prozent der Informationen werden mittels eines Algorithmus gesammelt, aber erst auf eine entsprechende Anfrage hin analysiert. Weil die amerikanische Industrie zweifellos an diesen Programmen mitwirkt, beschloss der Bundesrat, die Auslagerung von Bundesdaten nicht mehr nach den WTO-Vorschriften auszuschreiben. Die Möglichkeiten der Cyber-Technik rufen nach Vorsichts- und Gegenmassnahmen auf staatlicher wie auf privater Ebene. Um der Proliferation vorzubeugen, sensibilisiert der NDB kritische Firmen, Bildungs- und Forschungseinrichtungen, die im Bereich der Nukleartechnologie tätig sind. Zunehmend registriert der NDB verbotene nachrichtendienstliche Tätigkeiten. Ausspioniert werden der Finanz- und Handelsplatz Schweiz, die hier ansässigen internationalen Gremien und aus-

ländische Regimegegner. Dabei wirken durchaus Mitglieder der diplomatischen Korps mit. Eduard Snowden residierte schliesslich einst als solches in Genf. Natürlich besteht jetzt die Versuchung, das kommende Nachrichtendienstgesetz



Br Jürg Noth, Nationalrätin Edith Graf-Litscher.

Bilder: ASMZ

«snowdonsicher» zu gestalten. Seiler warnte davor, alles einzubauen, was relevant sein könnte und das Gesetz mit Experimentierartikeln zu belasten.

Seit Jahren weist der NDB auf die zunehmende Bedeutung der Machtpolitik hin, auf die wachsenden Rüstungsbudgets und die Bereitschaft der Staaten, ihren Einfluss auch militärisch zu sichern. Eine multipolare Struktur löst die Vorherrschaft der USA ab. Amerika strebt die Selbstversorgung mit Öl und Gas an, beginnt sich aus Europa zurückzuziehen und verliert Interesse an der Golfregion. Russland agiert selbstbewusst bis aggressiv, rüstet massiv auf. Die Osterweiterung von Nato und EU akzeptierte es nie. Auch Afrika wartet mit Herausforderungen auf.

Ins Kapitel Terrorismus gehört die Al Qaida-Kerngruppe mit ihren Filialen in schwachen oder zerfallenen Staaten. Es gibt zwar weiterhin keine konkreten Hinweise auf dschihadistisch motivierte Anschlagpläne in der Schweiz. Gestiegen ist die Anzahl aufgedeckter Fälle schweizerischer Dschihadreisender, ein Gefahren-

potenzial. Das Risiko von politisch und terroristisch motivierten Entführungen wächst. Von 2009 bis 2013 schluckten zwölf dschihadistische Entführungen von Schweizern viele Ressourcen. Der NDB pflegt ein Monitoring dschihadistischer

Internetseiten; er liest sie, hackt sie aber nicht. Schon 200 Fälle überwies er der Bundespolizei. Politischen Extremismus darf der NDB nicht beobachten, nur daraus wachsende Gewalt.

Die Erwartungen an den NDB steigen, gleichzeitig schränken rechtliche und politische Vorgaben den Handlungsfreiraum ein. Auf eine entsprechende Frage aus dem

Publikum veranschaulichte Seiler anhand des Libyen-Konflikts, welche Massnahmen eine besondere Lage erfordert, die ausserhalb der normalen Verwaltungsprozesse abläuft. Das ND-Gesetz soll hierfür eine saubere Rechtsgrundlage liefern.

Das Grenzwachtkorps als Sicherheitsfilter

In einem fulminanten Referat unter Bezug eindrucklicher Zahlen führte Br Jürg Noth, Chef des Grenzwachtkorps (GWK) und Vizedirektor der Oberzolldirektion, vor, was sich täglich an unsern Grenzen abspielt. Die Delikte verlaufen quer durch das Steuer- und Strafrecht und die Ausländergesetzgebung. 2013 beendete das GWK 11992 illegale Aufenthalte. Hot Spots sind Genf mit der 110 km langen offenen grünen Grenze bis zum Jurabogen (Kriminalitätsimport aus Frankreich), Wallis und Tessin (Migration). Das GWK dotiert diese Einsatzschwerpunkte mit mehr Kräften und nimmt eine Schwächung anderer Grenzübergänge in Kauf. Immer mehr Schlepper fallen auf, welche

die Schweiz, anders als Italien, relativ milde bestraft. 2013 wurden 211 Schlepper festgenommen, 72 davon im Tessin. Um die rigorosen Kontrollen der Eisenbahn zu umgehen, versuchen sie es vermehrt über die grüne Grenze. Ein Katz- und Mausspiel ist die Folge.

Migrationsflüsse an der Schengen Aussengrenze

Auch hier lassen sich die Schwachstellen am deutlichsten mit Zahlen ausdrücken. Leicht überwinden lässt sich die griechische Aussengrenze, gegen 25 000 Flüchtlinge, davon 51 Prozent Syrer, zählte man im Jahr 2013. Unter einem Riesendruck aus dem Süden steht Italien; ein Teil dieser Migrantenströme zieht durch die Schweiz weiter nach Deutschland, Schweden und Frankreich. Die Rücknahmeabkommen mit Italien und Frankreich funktionieren, – aber nur zu Bürozeiten.

Das Vier-Filter-Modell

Das Integrated Border Management IBM ist Bestandteil des EU-Systems der integrierten Grenzverwaltung. Mit vier Filtern versucht man, die Schengen Aussengrenze zu verstärken. Der 1. Filter betrifft Massnahmen in Drittstaaten. Auf den Flughäfen von Pristina, Nairobi und Dubai wirken Schweizer Grenzwachter seit



Nationalrat Walter Müller (links), Dr. Markus Seiler.

2012 als Airline liaison officers (ALO). Sie kontrollieren Dokumente wie Personen und erstellen Risikoprofile. Festnahmekompetenzen haben sie keine. Im 2. Filter, der europäischen Grenzschutzagentur Frontex, leisteten Schweizer Grenzwachter 2013 1257 Einsätze. Der 3. Filter setzt bei der Grenzkontrolle an, wo auch verschiedene Informations-

systeme dienen. Zum 4. Filter gehören Polizei- und Zollkontrollen an der Binnengrenze.

Eine hermetische Abriegelung der Aussengrenzen ist illusorisch. Summa summarum wertet Noth Schengen positiv. Er würde jedoch punktuell rigorosere Kontrollen an den Binnengrenzen begrüssen.

Um die grenzüberschreitende Kriminalität und die illegale Migration erfolgreich zu bekämpfen, braucht das GWK mehr personelle und technische Ressourcen. Noth bedauerte den Rückzug der Militärischen Sicherheit aus der Unterstützungsoption «LITHOS» und hob die Wichtigkeit von Drohnen für die Arbeit des GWK hervor. Im Übrigen gehe ohne internationale Kooperation gar nichts, gab sich der Chef des GWK überzeugt.

Weniger Berichte, mehr Flexibilität

Zwei Mitglieder des eidgenössischen Parlaments erhielten Gelegenheit, die Sicherheitspolitik im Allgemeinen und die Probleme rund um die Migration im Besonderen zu beurteilen. Dabei rückte Diskussionsleiter Dieter Wicki zunächst die Erwartungen an den nächsten sicherheitspolitischen Bericht (Sipol B) in den Vordergrund. Edith Graf-Litscher, SP/TG, begrüsst die Redaktion eines neuen Sipol

B als Basis für die Planung und die Zuteilung der Ressourcen. Sicherheit ist für sie ein Gesamtproblem; deshalb erwartet sie eine konstruktive Zusammenarbeit all jener, die Sicherheit produzieren. Dem Nachrichtendienst kommt eine entscheidende Rolle zu. Er soll die nötigen Mittel erhalten, um jene Leute zu erfassen, die gegen die Landesinteressen verstossen.

Das gilt auch für das GWK; es macht keinen Sinn, den schwarzen Peter in Europa hin und her zu schieben. Den Schleppern ist das Handwerk zu legen. Die Weiterentwicklung der Armee (WEA) wollte sie ebenso in einem Gesamtrahmen sehen. Diese habe sich den heutigen Anforderungen zu stellen, wofür eine personelle Verkleinerung bei guter Ausrüstung vertret-

bar sei. Gerne sähe sie noch mehr friedensfördernde Massnahmen in den Herkunftsländern der Migranten. Der Sankt Galler Nationalrat Walter Müller, FDP, verspricht sich wenig von einem neuen Sipol B, da man nicht wisse, ob er vorwärts- oder rückwärts gesteuert sei. Mit dem Bericht aus dem Jahr 2010 wurde der Abbau der Armee begründet. Dringend wäre eine klare Rollenzuweisung, wobei eine personelle Durchlässigkeit, wie sie die Strategie Bevölkerungsschutz 15+ vorschlägt, sinnvoll ist. Die Wehrpflichtabstimmung gab den Takt an; als Präsident des Zivilschutzverbandes warnt Müller vor einer Verwässerung durch die Arbeitsgruppe Dienstpflicht. Der Bürger will ein reales Gefühl von Sicherheit für den Steuerfranken, den er abliefern. Die sicherheitspolitischen Instrumente sollten dynamischer werden, schneller auf die Bedrohungen reagieren können. Ein Fragezeichen setzt er hinter die zunehmenden parapolizeilichen Aufgaben, die man der Armee zuweist. Damit verliert sie die Kernfähigkeit Verteidigung. Zudem ist der Trend verfassungsrechtlich problematisch. Für viele dieser Aufgaben eignet sich der Zivilschutz. Müller bedauert, dass die Migrationsprobleme sich jahrelang dahinschleppen. Das Asylgesetz wird zwar laufend verschärft, dann kommt wieder ein Rückenschuss vom Bundesgericht. Seiler erinnert daran, dass das Parlament alle vier Jahre einen Sipol B verlangt. Die Bedrohung hat sich an der Peripherie von Europa verändert, zunächst in Nordafrika, jetzt im Osten. Die Frage sei erlaubt, ob die Vorwarnzeit von zehn Jahren noch begründet ist. Noth weiss, dass von der Schweiz noch mehr Spezialisten an der Schengen Aussengrenze erwartet werden, aber Priorität hat der nationale Auftrag. Schon im Inland ist das Dispositiv relativ knapp.

Folgen des 9. Februar

Eine eindeutige Prognose zu den Folgen der angenommenen Masseneinwanderungsinitiative wagte niemand. Eine Kündigung von Schengen wäre für das GWK schädlich, wie sein Chef feststellte. Auf die Aussengrenze hätte es keinen Einfluss. Im Inland würde der administrative Aufwand unnötig Kräfte binden. Müller befürchtet, dass die Schweiz ohne Schengen zu einem Sammelplatz von Migranten wird, und Graf-Litscher bedauerte, dass die sicherheitspolitischen Aspekte in der Abstimmungskampagne zu kurz kamen. ■